

Thomas Unger  
Claudia Braun  
Gebhart Höritzer  
Inge Schettler  
Ulf Siebert  
Dr. Christian Wittlinger

Tübingen, 13. November 2024

## **Änderungsantrag zu den einzelnen Punkten der Vorlage Rabattierung des D-Tickets**

### **Antrag:**

1. Auf die Rabattierung des D-Tickets in Tübingen wird verzichtet.
2. Die Preiserhöhung des Bundes wird vollumfänglich auch auf das D-Ticket KBC Erwachsene angewendet. Damit erhöht sich der Preis von 15€ auf 24€
3. Die Preiserhöhung des Bundes wird ungefähr hälftig mit 5€ auch auf das D-Ticket Jugend-BW angewendet. Der Zuschuss der Stadt steigt auf 12,42€. Damit erhöht sich der Preis von bisher 22€ auf 27€.
4. Die Preiserhöhung des Bundes wird ungefähr hälftig mit 5€ auch auf das Jugend -Ticket BW KBC angewendet. Der Zuschuss der Stadt steigt dadurch auf 24,42€. Damit erhöht sich der Preis von 10€ auf 15€.
5. Auf eine Gegenfinanzierung durch eine zusätzliche Erhöhung der Anwohnerparkgebühren wird verzichtet.

### **Begründung:**

Die aktuelle Haushaltslage und deren voraussichtlichen Entwicklung erfordert auch in unserer Stadt eine Reaktion. Es muss Einschnitte geben, damit die Stadt ihren Pflichtaufgaben für alle gerecht werden kann. Für viele Nutzer hat die Einführung des D-Tickets einen erheblichen finanziellen Vorteil gebracht. Die zusätzliche flächendeckende Subventionierung des D-Tickets in Tübingen nach dem Gießkannenprinzip haben wir schon immer kritisch gesehen. Nun zwingt uns die Haushaltslage und unsere Verantwortung für die gesamte Stadtgesellschaft dazu, diese Maßnahme auf den Prüfstand zu stellen. Der rein monetären Förderung des ÖPNV im Ticketbereich müssen wir eine klare Absage erteilen. Wir sehen eher den Erhalt, bzw die Verbesserung des Fahrplan- und Linienangebots auf sanierten Straßen, an barrierefreien Haltestellen mit E-Bussen als Ansatzpunkt für ein verändertes Mobilitätsverhalten. Aber wir berücksichtigen trotzdem auch die Menschen mit geringem Einkommen, sowie besonders Kinder und Jugendliche. Diese Gruppe soll möglichst gering belastet bleiben.

Da es durch den Verzicht auf die Rabattierung eher zu einem Rückgang im Zuschussvolumen kommen könnte, sehen wir keinen Bedarf die Anwohnerparkgebühren dafür zu erhöhen.

Für die Tübinger Liste  
Thomas Unger